

II-2066 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1141/J

1991-05-16

A N F R A G E

der Abgeordneten Böhacker, Mag. Schreiner
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend die Errichtung eines neuen Straßenzollamtes in Salzburg

Der Herr Bundesminister für Finanzen hat in seiner Anfragebeantwortung Nr. 174/AB vom 12. Feber 1991 ausgeführt, daß angesichts der in absehbarer Zeit zu erwartenden Einbindung Österreichs in den europäischen Binnenmarkt ein Neubau eines Bundesamtsgebäudes für die Unterbringung des gegenständlichen Zollamtes wirtschaftlich nicht vertretbar ist.

Zeitungsberichten ist hingegen zu entnehmen, daß sich der Herr Finanzminister Dkfm. Ferdinand Lacina nach einem Gespräch mit Bürgermeister Lettner bereit erklärt hat, das Zollamt verlegen zu lassen. Über zwei diesbezügliche Grundstücke würde in den nächsten Tagen verhandelt werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen nochmals die

A n f r a g e :

- 1) Welche Voraussetzungen haben sich seit dem 12. Feber 1991 geändert, sodaß Sie nunmehr einer Verlegung des Straßenzollamtes zustimmen?
- 2) Welche Auflagen müssen erfüllt werden, damit das Zollamt verlegt wird?
- 3) Sind Sie bereit, zu diesem Zweck ein eigenes Bundesamtsgebäude zu errichten?

- 4) Wenn ja, wie hoch sind die voraussichtlichen Kosten?
- 5) Sind die entsprechenden finanziellen Mittel vorhanden?
- 6) Finden Sie den Einsatz dieser Mittel für wirtschaftlich vertretbar?
- 7) Liegen Ihnen konkrete Vorschläge über alternative Standorte vor?
- 8) Wenn ja, welche?
- 9) Wie lange würde es aus Ihrer Sicht dauern, bis ein alternativer Standort bezugsfertig ist?
- 10) Welche Mehrkosten würden durch eine Verlegung entstehen?
- 11) Sind Sie bereit, mit Vertretern der Bürgerinitiative und den betroffenen Bürgern in Salzburg in eine Diskussion einzutreten?
- 12) Wenn ja, sind Sie bereit, den unterzeichneten Abgeordneten einen diesbezüglichen Termin vorzuschlagen?